





geporgetretenen Gegenstände nicht zu beobachten haben. Weil wir diese Einsicht und Kenntnis bislang vermissten, daher unser Bestreben, Verbesserungen, die doch unbedingt notwendig sind, herbeizuführen. Wenn dem preussischen Landwirtschaftsminister die harten Worte gesagt werden mußten, die ihm nicht angenehm klingen, kann möglicherweise die Lage der Arbeiterschaft einmal hineinverlesen, möge er von ihrem Empfinden, von Ihren Sorgen, von Ihren Nöten aus die Lage beurteilen. Er wird dann zu anderen Ergebnissen kommen, wie er sie in seiner Abgeordnetenhausrede verkündete.

## Die Gewerkschaften zur Lebensmittelversorgung

Die Gewerkschaftsverbände aller Richtungen — Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Verband der deutschen Gewerksvereine (G.-D.), Pölnische Berufsvereinigung — und die Arbeitsgemeinschaft der Angestelltenverbände haben zwei gemeinsame Eingaben in der Frage der Lebensmittelversorgung an den Reichskanzler und an den Präsidenten des Kriegsernährungsamts am 21. Februar 1917 abgegeben. Die Eingabe an den Reichskanzler verweist auf die völlig unzureichende Regelung der Ernährungsverhältnisse während der Kriegszeit. Mit wachsender Sorge und Erbitterung wurden die Hemmnisse, die einer gerechten Regelung der Ernährung im Wege stehen, verfolgt und die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung müsse dem dringenden Wunsch nach einer anderen Stellung des Kriegsernährungsamts, die es unabhängig von dem mangelnden Verständnis oder Willen einzelstaatlicher Verwaltungszweige macht, nahelegen. Zur Abstellung der gerügten Mängel werden folgende Wünsche dem Herrn Reichskanzler unterbreitet.

1. Zwischen dem Kriegsernährungsamt und dem Kriegsamt ist eine angemessene Verbindung für das Gebiet der Lebensmittelversorgung herbeizuführen. Im Kriegsamt wird die Abstellung für den Heeres- und den Zivilbedarf an Lebensmitteln geschaffen, die die Bewilligung erhalten, an den Beschlüssen des Kriegsernährungsamts mitzuwirken, die Durchführung der Verfügungen des Kriegsernährungsamts zu überwachen und die Lebensmittelvorräte für die allgemeine Volks- und Heeresversorgung zu beschlagnahmen, zu erteilen und an der Verteilung derselben mitzuwirken.

2. In den Bezirken der einzelnen Generalmandats sind Unterämter des Kriegsamts für Lebensmittelbeschaffung zu bilden, auf die das Kriegsamt seine Funktionen übertragen kann, mit der Maßgabe, daß die Verteilung nach den Anforderungen der Zentralstellen zu erfolgen hat. Die Beauftragten des Kriegsamts haben das Recht, jeden Raum, in dem vermutlich Lebensmittel aufbewahrt oder verarbeitet werden, zu betreten und in die Durchführung jedes Betriebes der Erzeugung oder des Vertriebs von Lebensmitteln Einsicht zu nehmen. Sie können die Zurückbehaltung oder Weiterverarbeitung von Lebensmitteln verbieten und mit Strafe bedrohen.

Die Eingabe an den Präsidenten des Kriegsernährungsamts verweist auf die wachsende Erregung, die sich bei der minderbemittelten Bevölkerung bemerkbar macht. „Diese Erregung mündet sich nicht gegen die Tatsache, daß infolge der sich stetig gesteigerten Erzeugung die Vorräte an Lebensmitteln immer knapper werden, denn damit muß bei weiterer Fortdauer des Krieges gerechnet werden; wohl aber nimmt sie Anstoß an der Verteilung, die den berechtigten Widerspruch der darunter leidenden Volksschichten herausfordert.“ Die Verteilung entbehre der Strenge und gerechten Ordnung und begünstige solche Schichten, die ohnehin keinen Mangel an Nahrungsmitteln erleben. Es müsse ausgeschlossen werden, daß der preussische Landwirtschaftsminister als der Mittelpunkt aller Widerstände in der Lebensmittelversorgung betrachtet werden muß. Gegen die Fortdauer dieser Zustände wird sofort Einspruch erhoben und es werden Vorschläge für eine Neuordnung der Ernährungsverhältnisse und für eine gerechte und strenge Durchführung der Verteilung gemacht.

Diese Vorschläge beziehen sich auf alle wichtigen Nahrungsmittel. Bezüglich der Kartoffelversorgung wird vor jeder weiteren Herabsetzung der Rationierungen gewarnt und gegen jede weitere Erhöhung der Preise für Speisekartoffeln energig Widerspruch erhoben. Die Brotverfertigung müsse besser ausgekollert und dem härtesten Bedürfnis nach Nahrungsmitteln aus Gerste und Hafer nach Möglichkeit Rechnung getragen werden. Die Obst- und Gemüseerzeugung habe unter mangelhafter Organisation und Beaufsichtigung der Erzeuger zu leiden. Die Reichsregierung fränke in erster Linie an der monopol-

## Am Sonntag, den 18. März ist der dritte Wochenbeitrag fällig.

den Viehhandelsverbänden. Die Organisation der Viehhandelsverbände bedürfe einer Neuordnung. Die Fleischpreise, die unerschwinglich seien, müßten herabgesetzt werden. Hinsichtlich der Milchversorgung sei es nicht zu ertragen, daß Kindern und Kranken die Milch versagt werden muß, während solche auf dem Lande nicht nur reichlicher als sonst verbuttert, sondern auch versüßter wird. Strenge Ablieferungspflicht und Rationierung müsse im Interesse der Volksgesundheit vorgenommen werden. Die Eierversorgung sei mangelhaft. Nur eine Förderung der Geflügelhaltung durch Ueberweisung der benötigten Futtermengen, die mit der Eierablieferung in engem Zusammenhang zu bringen ist, könne diese Verhältnisse bessern. In der Versorgung mit Fischen werde vor allem eine systematische Erschließung der Bestände an Süßwasserfischen unserer Binnengewässer vermehrt. Auch seien Maßregeln gegen den Auslauf und die Verteuerung durch die Konservenfabriken notwendig. Die Zuderzeugung müsse mehr dem Verbrauch angepasst werden; das Sparen mit Süßstoffen sei nicht mehr am Platze. Besondere Gewicht sei zu legen auf die Herbeiführung einer vernünftigen Preisrelation. Kriegskonjunkturpreise, die auf der Notlage des Volkes sich aufbauen, seien nicht zu rechtfertigen. Es wird eine Preisrelation gefordert, die sich aufbaut auf tatsächliche Produktionskosten plus angemessenem Verdienst. Die Hauptursache des Mißerfolges auf dem gesamten Gebiete der Kriegsernährung erblicke die Konsumenten in der unzureichenden Organisation vor allem des Kriegsernährungsamts. Das Amt sei zwischen die durch die Bundesregierung repräsentierte Zivilverwaltung und die Heeresverwaltung gestellt und könne nur Regeln und Verordnungen aufstellen, auf deren Durchführung es aber keinen oder nur ungenügenden Einfluß hat. Deshalb sei eine Organisation des Kriegsernährungsamts notwendig, die dieses in unmittelbare Verbindung mit dem Kriegsamt, dem die Heeresversorgung obliegt, bringt, und es zugleich den hindernden Einflüssen einzelner Bundesregierungen entziele, eine Organisation, die die weitreichenden Befugnisse der militärischen Behörden auch für die Sicherung des Lebensmittelbedarfs der Zivilbevölkerung nutzbar macht. — Dem Beirat des Kriegsernährungsamts müsse daneben ein größerer Einfluß auf die Maßnahmen dieses Amtes eingeräumt werden.

Die ausführlich begründete Eingabe schließt: „Die deutschen Gewerkschaften“ und „Angestelltenverbände“ möchten auf das nachdrücklichste hervor warnen, in der Frage der Kriegsernährung die Dinge so weiter gehen zu lassen. Die Folgen könnten unabsehbar werden. Die vertrauensvolle Mitarbeit, die sie bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes übernommen haben, gibt ihnen ein besonderes Anrecht, darüber zu wachen, daß dieser Zweck nicht durch eine fortdauernde, lässige Auffassung und Ausführung der hinsichtlich der Kriegsernährung gegebenen Pflichten gänzlich in Frage gestellt wird.“

Das Kriegsernährungsamt und der Reichskanzler werden sich den vorgebrachten Wünschen und Beschwerden nicht verschließen können. Schon die Tatsache, daß sämtliche organisierten Arbeiter und Angestellten sich in den Fragen eingemischt, sollte die in Betracht kommenden Instanzen belehren, daß endlich andere Wege eingeschlagen werden müssen und man den Wünschen der minderbemittelten Konsumenten, die unter den Ernährungsschwierigkeiten am meisten zu leiden haben, Rechnung tragen muß. Bei der Fortdauer der Ernährungsschwierigkeiten würde die heimische Arbeitsarmee außerstande sein, die Leistungen auf einer Höhe zu erhalten, wie sie die Landesverteidigung erfordert.

## Allgemeines

Das Eisene Kreuz I. Klasse erhielt der Kollege **Sef. Döner**, Viehschlachtere, Mitglied der Zahlstelle Köln-Mülheim, Schlatentre. Das Eisene Kreuz II. Klasse erhielten folgende Kollegen: **S. Post**, Mitglied der Zahlstelle Datteln; **Kasper Brauns**, Mitglied der Zahlstelle Düsseldorf; **Rauer**; **Georg Schilling** und **Franz Herr**, Mitglieder der Verwaltungsstelle Selsenkirchen; **Paul Meyer**, Mitglied der Zahlstelle Berlin; **Stefan Stoll**, Mitglied der Zahlstelle Gießen; **Adolf Schmalz**, Mitglied der Zahlstelle Schwanau; **Gescheider Johann**, Mitglied der Zahlstelle Ulf; **Gescheider Franz**, Mitglied der Zahlstelle Wallebe; **Reif**, Mitglied der Zahlstelle Dingelstädt. Das Eisene Kreuz III. Klasse erhielt der Kollege **Paul Meyer**, Mitglied der Zahlstelle Gießen.

brunn. Zum Unteroffizier befördert wurde **Geisler Otto**, Mitglied der Zahlstelle Dingelstädt.

**Steuerfreiheit der Feuerungsanlagen und Steuererleichterung** fordert der christliche Metallarbeiterverband in einer Eingabe an das preussische Abgeordnetenhaus. In Vorschlag wird gebracht:

1. Steuerfreiheit für die gewährten Feuerungsanlagen;
2. Nichtbeziehung des durch Ueber- und Lebensschicht verdienten Lohnes zum steuerpflichtigen Einkommen;
3. Heraussetzung des von der Staatssteuer freizulassenden Existenzminimums;
4. Erweiterung des Kinderprivilegs.

Diesen Forderungen ist eine eingehende Begründung beigegeben, die die augenblickliche Notlage der Arbeiterschaft in den Vordergrund stellt. Die Besteuerung des Einkommens aus Lieferstunden usw. wirken unter der Arbeiterschaft verbittern und sei daher aus sozialen Gründen freizulassen.

**Wo sind die Kartoffeln geblieben?** Von den maßgebenden Stellen wurde mehrmals versichert, daß die Kartoffelernte im letzten Jahre eine außerordentlich schlechte gewesen sei. Etwa 23 Millionen Tonnen seien nur geerntet worden, wovon 270 Millionen Zentner für die menschliche Ernährung verwandt werden. Das wäre also nur etwas über die Hälfte der ganzen Kartoffelernte. Da ein Verfüllungsverbot für Kartoffeln besteht, die Kartoffel auch nicht mehr zum Brotbacken verwendet und auch sonst überall mit Kartoffeln gespart wird, ist es fraglich, ob nicht doch mehr als 270 Millionen Zentner für die menschliche Ernährung übrigbleiben. Aber selbst, wenn wir nur 270 Millionen Zentner in Ansatz bringen, so dürfte bei 70 Millionen Einwohnern pro Kopf und Tag aber ein Pfund verzehrt werden. Nun bekommt aber die Bevölkerung schon lange nur 1/2 Pfund täglich, und in den letzten zwei Monaten gab es noch mehr infolge des Frostes und der Verkehrshörung überhaupt keine Kartoffeln. Man mußte sich mit etwas Brot bescheiden und mit Kohlrüben ernähren, so gut es ging. Der geringe Zuschuß, den die Schwerarbeiter bekommen, erfordert nicht allzu große Mengen, zumal in der Frostperiode ebenfalls Kartoffeln eingespart wurden. Man darf wirklich auf das Ergebnis der Bestandserhebungen am 1. März gespannt sein. Irgendwo müssen doch die Kartoffeln stecken! Wurden sie zurückgehalten? Oder sollten doch infolge der hohen Fleischpreise mehr Kartoffeln versüßert worden sein, als man annimmt? Die Zeit wird es lehren.

**Der Deutsche Städtebund gegen die Verkehrssteuer.** Der Vorstand des Deutschen Städtebundes hat eine von Oberbürgermeister Vermuth unterzeichnete Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der er gegen die Verkehrssteuererhöhung Einspruch erhebt, soweit sie den Binnenverkehr für Groß-Berlin, also den Straßenbahn-, Hoch- und Untergrundbahn- und den Omnibusverkehr betrifft. Die Besteuerung der Straßenbahnen und des Omnibusverkehrs stehe, heißt es in dem Schreiben u. a., eine Vorbereitungsmaßnahme der größeren Verkehrszentren dar. Die Bewohner der größeren Siedlungseinheiten seien genötigt, im regelmäßigen täglichen Leben die Straßenbahnen zu benutzen. Daß der Arbeiterverkehr und der Schülerverkehr von der Steuer freigelassen seien, treffe den Kern der Sache deshalb nicht, weil auch der Mittelstand und nicht zuletzt der kleine Mittelstand, dessen finanzielle Verhältnisse durch den Krieg besonders stark verschlechtert seien, auf die regelmäßige Benutzung der Straßenbahnen angewiesen sei. Der springende Punkt sei eben der, daß die Benutzung des Binnenverkehrs überhaupt keine Ortsveränderung darstelle, sondern nur einen Teilvorgang des Wohnens selbst innerhalb der Siedlung. Somit stellt ein allgemeines Verkehrssteuergesetz dem Wesen nach eine besondere Steuer für die Bewohner der größeren Gemeinden dar. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß aus der Besteuerung des Straßenbahnverkehrs noch nicht einmal 35 Millionen Mark zu erwarten seien, die finanzielle Bedeutung der Verkehrssteuererhöhung durch eine Freilassung des Straßenbahnverkehrs und sonstigen Binnenverkehrs kaum berührt würde.

**Worauf es ankommt.** In England will man die künftigen Verbrauchsnochennengen auf 1800 Gramm Brot, 1125 Gramm Fleisch und 340 Gramm Zucker festsetzen. Man hat also dort sofort erfasst, daß es bei knappen Nahrungs- und Futtermittelmengen darauf ankommt, durch starken Fleischverzehr den Viehbestand zu verringern. Dieselbe Einsicht hatten die Dänen schon zu Kriegsbeginn. Damals schrieb Professor Hindbeke: „Ich rate meinen Landsleuten, augenblicklich nicht an Speck zu sparen, sondern in großem Stil die Schweinehaltung einzuschränken. Es sind nämlich die häuslichen Schweine und nicht das bäuerliche Volk, die die Hauptmengen unseres Roggens, unserer Gerste und unserer Kartoffeln verzehren!“

**Ein mannhafter Kriegsmilitär.** Der neue Kriegsminister von Bayern hielt im bayerischen Landtag eine bemerkenswerte Antrittsrede. Er führte u. a. aus: „Ich habe ungern die Tätigkeit im Felde mit der Schreibtische verwechselt. Aber meine Tätigkeit im Felde hat mir die Kenntnis befehen gegeben, was dem Heere nützt. Mit eisernem Wesen werde ich die Soldaten in der Hand an dem Heere hinführen. Ich kam in meiner Armee nicht ohne Erfolg davon, daß ich ihrer Pflicht gegenüber den Untergebenen nicht nachsehen ließ. Mannesmut und Treue sind die Grundlagen für die Erfolge des Heeres. Wenn einmal ein Soldat einen leichtsinnigen Seitenblick macht, so verliert er die Ehre der Freundschaft an meinen Verbundenen. Wirklich kühne Taten müssen erbracht werden.“

